

Dillinger-Skandal: Was steht in seinen Akten?

Im Missbrauchsskandal um den Trierer Bistums-priester Edmund Dillinger kommen immer neue Details ans Licht. Erstmals sickerten jetzt auch Informationen aus den Personalakten des Geistlichen durch. Was bislang darüber bekannt ist.

VON ROLF SEYDEWITZ

TRIER Im Fall des im vergangenen Jahr verstorbenen Trierer Skandal-priesters Edmund Dillinger hat sich das Bistum offenbar jahrelang am Vertuschen der Missbrauchsvorfälle beteiligt. Nach einem Bericht des Saarländische Rundfunks (SR) hat das Bistum Mitte der 70er Jahre trotz Hinweisen auf sexuelle Übergriffe einer Auszeichnung Dillingers mit dem Bundesverdienstkreuz zugestimmt.

Die saarländische Staatskanzlei habe damals nachgefragt, ob es Einwände gegen die Ehrung gebe, was das Bistum verneint habe. Der SR bezieht sich auf einen Brief des damaligen Generalvikars Linus Hofmann. Zu diesem Zeitpunkt lagen den Verantwortlichen im Trierer Generalvikariat eindeutige Belege für ein übergriffiges Verhalten Dillingers vor. Ein Geistlicher hatte Dillinger 1970 angeschwärzt, nachdem der Priester bei einer Rom-Wallfahrt einen 14-jährigen Messdiener vom Hunsrück betrunken gemacht und den Jungen später nackt fotografiert hatte. Der damalige Trierer Bischof Bernhard Stein reagierte und schob den in Ungnade gefallenen Priester, wie seinerzeit üblich, in ein Nachbarbistum ab. In Edmund Dillingers Lebenslauf heißt es, er sei im Dezember



Geistlicher mit zwei Gesichtern: Der Trierer Priester Edmund Dillinger schmückte sich gerne mit Ehrentiteln und edler Montur.

FOTO: ARCHIV STEFFEN DILLINGER

1970 für ein Studium an der Universität Köln beurlaubt worden.

Der im November im Alter von 87 Jahren verstorbene Priester soll über Jahrzehnte hinweg Jugendliche und junge Erwachsene missbraucht haben. Dillingers Neffe fand im Nachlass des Onkels Hunderte Fotos und Dias, die Staatsanwaltschaft ermit-

telt. Von der Unabhängigen Aufarbeitungskommission wurden zudem zwei Sonderermittler ernannt: die beiden ehemaligen Trierer Top-Staatsanwälte Jürgen Brauer und Ingo Hromada.

Zu den möglichen ehemaligen Vertuschungsmanövern des Bistums im Fall Dillinger wollte sich Brauer

am Donnerstag nicht äußern. Das seien Detailfragen, die im Moment nicht im Fokus stünden. „Wir konzentrieren uns auf die Opfersuche“, sagte Brauer. Die Bewertung des Verhaltens des Bistums erfolge erst am Ende. Auch die Sprecherin des Bistums wollte sich unter Verweis auf die laufende Aufarbeitung nicht zum Fall Dillinger äußern.

Der Sprecher der Opferorganisation Missbit, Hermann Schell, ist dagegen auskunftsfreudiger. Nach Schells Angaben hat er die Saarbrücker Staatskanzlei schon vor über zehn Jahren angeschrieben und darum gebeten, Edmund Dillinger das 1976 verliehene Bundesverdienstkreuz wieder abzuerkennen. Der Grund: Im Jahr 2012 verhängte das Bistum gegen den im saarländischen Friedrichstahl wohnenden Priester ein Zelebrationsverbot.

Doch warum stand der mit den Ehrentiteln Ordensprälat und Ehrenromherr geschmückte Dillinger plötzlich im Fokus, obwohl die in Rom gemachten Nacktfotos doch schon über vier Jahrzehnte zurücklagen? Auf Anfrage unserer Redaktion teilte das Bistum mit, dass die Verantwortlichen im Generalvikariat im Jahr 2012 wegen der geplanten Neugründung einer Pfadfindergruppe, „in die Dillinger sich offenbar einbringen wollte“, noch einmal in die Akten geschaut hätten. Zudem habe es „Wahrnehmungen, keine konkreten Vorfälle, aus der Umgebung von Ruhestandspfarrrer Dillinger“ gegeben. Dabei sei man auf Vorwürfe möglicher sexueller Übergriffe aus den 1960er Jahren gestoßen und auf den Fall aus dem Jahr 1970. Mehr Details verriet die Bistumssprecherin nicht.

Nach Informationen unserer Redaktion steht in den Personalakten Dillingers nicht viel über die (strafrechtlich relevanten) Eskapaden

des Trierer Bistumpriesters. Auf den rund 100 Seiten sei außer dem „Vorfall mit dem Messdiener in Rom“ nichts Gravierendes ersichtlich, sagt jemand, der den Inhalt der Akten kennt. „Nicht der Knaller“, kommentierte ein anderer den Inhalt.

Stellt sich einmal mehr die Frage, warum der von konservativen Katholiken einst hoch gelobte Geistliche plötzlich vom Bistum kaltgestellt wurde. Ein Kircheninsider, der anonym bleiben möchte, glaubt den Grund zu kennen: „So schnell bekommt man kein Zelebrationsverbot. Die wussten damals genau,

dass viel mehr vorgefallen ist und haben den Altfall nur als Vorwand genommen, um Dillinger endlich abzustrafen“, meint der Insider.

Vielleicht kommt etwas mehr Licht ins Dunkel des Falls, wenn das Ermittlerduo Brauer/Hromada in drei Monaten ein erstes Zwischenergebnis über das dunkle Leben des Skandalpriesters vorstellt. Darauf dürfte auch die Opferorganisation Missbit gespannt sein, die vor zehn Jahren zu Lebzeiten Dillingers mit der Forderung nach Aberkennung des Bundesverdienstkreuzes keinen Erfolg hatte.

EXTRA

Aufruf: Kirche sucht nach Vergewaltigungsoffer

Die katholische Kirche kommt aus den Missbrauchsschlagzeilen nicht raus: Das Bistum Aachen hat am Donnerstag einen Aufruf veröffentlicht, in dem Opfer eines katholischen Priesters gesucht werden, der sich vor Jahrzehnten an minderjährigen Mädchen vergangen haben soll. Ein vergewaltigtes Mädchen soll der katholische Geistliche Leonhard Meurer sogar geschwängert haben. Die bislang bekannten Taten des Priesters datieren aus der Zeit zwischen 1955 und 1960 während seiner Tätigkeit in den nordrhein-westfälischen Städten Eschweiler und Düren. Nach Bekanntwerden der Taten wurde Meurer 1961 das Amt des Pfarrers entzogen. Er ging zunächst ins Bistum Fulda, ehe er 1966 ins Bistum Trier kam. Hier blieb Meurer nach Angaben des Bistums Aachen, bis er 1983 ins Erzbistum Köln wechselte. Gab es in Meurers Trier Zeit Missbrauchsvorfälle gegen den Geistlichen? Und wurde das Bistum Trier

über das Vorleben des Geistlichen informiert? „Die bisherige Aktenlage gibt lediglich einige wenige Kontakte zwischen Trier und Aachen her, die zwar auf Einschränkungen in der Ausübung der Tätigkeit als Priester, jedoch nicht auf Missbrauchsvorfälle hindeuten“, sagt Bistumssprecherin Judith Rupp. Das sieht nach der damals üblichen Praxis aus, dass sich die Bistümer bei „Problemkandidaten“ unbürokratisch und ohne großes Nachbohren gegenseitig halfen. Im Bistum Trier sei Leonhard Meurer jedenfalls nicht auffällig gewesen, sagt Rupp. Laut Bistum lebte der Pfarrer im Ruhestand 1966 zunächst in Bad Breisig und ab 1977 in Brohl-Lützing (Kreis Ahrweiler). Meurer starb 1991 im Alter von 74 Jahren in Eschweiler bei Aachen. Wer etwas zur Aufklärung im Fall Leonhard Meurer beitragen kann, wird gebeten, sich unter Telefon 0241/452225 oder der Internetadresse www.missbrauch-melden.de mit dem Bistum Aachen in Verbindung zu setzen.

Schutzwesten für die Arbeit: So gefährlich leben Gerichtsvollzieher

MAINZ (dpa) „Arme eng am Körper lassen“, ermahnt der Justizwachmeister. Er weiß, wie er sich bei Angriffen schützen kann und gibt sein Wissen gemeinsam mit einer Kollegin in Sicherheitstrainings weiter. An diesem besonderen Tag, dem ersten Tag der Rheinland-Pfalz-weiten Aktionstage für Respekt gegenüber Beschäftigten des öffentlichen Dienstes, schaut ihm Justizminister Herbert Mertin (FDP) dabei zu, wie er im Saal 16 des Amtsgerichts Mainz drei Gerichtsvollzieher instruiert.

Der Wachmeister rät, leicht in die Knie zu gehen, um sich etwas besser vor Tritten gegen das Kniegelenk zu schützen – und er empfiehlt das Ausnutzen kurzer Schockmomente, wenn es denn sein muss. Das heißt, bei der Abwehr einer Attacke kurz schreien, dann schnell einen Schritt zurück und das Reizspray zücken. Dass Gerichtsvollzieher in Rheinland-Pfalz solch ein Wissen benötigen, ist traurig, aber Realität angesichts nicht seltener Aggressionen, die ihnen etwa bei Räumungen oder auch bei Kindes-Wegnahmen, manchmal auch bei völlig harmlosen Aufträgen entgegenschlagen.

„Man weiß selten, was einen hin-

ter der Tür erwartet“, sagt Markus Greef, selbst Obergerichtsvollzieher und Vorsitzender des Gerichtsvollzieherverbundes Rheinland-Pfalz. Er verweist auf eine Befragung verschiedener Berufsgruppen des Instituts für Kriminologie der Universität Gießen aus dem Jahr 2019. 90 Prozent der Befragten gaben an, schon bedroht oder beleidigt worden seien, die Hälfte sei körperlich angegangen worden. Außerdem gebe es Drohungen und nächtlichen Telefonterror.

Guido Krieg, ebenfalls Obergerichtsvollzieher in Mainz, sagt, oft seien er und seine Kollegen alleine unterwegs. Es könne wichtig sein, nach möglichen Fluchtwegen Ausschau zu halten, Erfahrung helfe dabei. Wenn sich eine Situation komisch oder bedrohlich anfühlt? „Lieber zurückziehen und noch mal hingehen“, sagt Krieg.

Um Gerichtsvollzieher zu schützen, bekommen sie in Rheinland-Pfalz mittlerweile unentgeltlich maßgeschneiderte Schutzwesten, es gibt Deeskalationskurse für sie und auch Kurse für den Umgang mit Reizspray. Das Justizministerium arbeitet Mertin zufolge daran, einen Alarmknopf bereitzustellen, den Ge-

richtsvollzieher in gefährlichen Situationen drücken und so Hilfe holen können.

Die rund 190 Gerichtsvollzieher in Rheinland-Pfalz seien oft an „vorderster Front“ und in „emotional geladenen Situationen“ unterwegs, sagt Mertin. Mit Aggression müssen sich aber auch Richter oder Rechtspfleger auseinandersetzen und abseits der Justiz viele andere der insgesamt rund 100 000 Beschäftigten im öffentlichen Dienst im Land. Auf deren Situation, auf ihre Ängste und mögliche Gefahren sollen in Rheinland-Pfalz seit 2019 die Aktionstage „Respekt. Bitte!“ hinweisen. Sie sind am Dienstag der Anlass für Mertins Besuch bei dem Sicherheitstraining und führen Ministerpräsidentin Malu Dreyer und Innenminister Michael Ebling (SPD) kurz darauf in das Polizeipräsidium Einsatz, Logistik und Technik in Mainz-Hechtsheim. Dort berichten Polizisten von ihren Erlebnissen.

Ein Beamter schildert, wie er bei einer Verkehrskontrolle im südpfälzischen Kandel beinahe absichtlich angefahren worden sei. Er habe die Waffe schon gezückt, der Autofahrer habe erst im allerletzten Moment direkt vor ihm angehalten. Ein Kollege berichtet von einem Einsatz an einem Rosenmontag in Mainz. Ein aggressiver Betrunkenener sei in eine Gewahrsamszelle gebracht und dort still geworden. Er habe nach ihm sehen wollen, die Klappe der Zellentür geöffnet und daraufhin blutige Spucke abbekommen.

Laut Staatskanzlei ist die Gewalt gegen polizeiliche Einsatzkräfte 2021 zunächst etwas zurückgegangen, um dann im vergangenen Jahr wieder anzusteigen – und zwar um etwa 15 Prozent. 2022 wurden demnach 1788 Gewaltdelikte gegen Polizisten gezählt. Das seien elf Prozent mehr als der Durchschnitt der Jahre 2017 bis 2021 gewesen, also mehr als eine Momentaufnahme.

FDP kritisiert grüne Umweltministerin für Wolfspolitik

„Rheinland-Pfalz ist kein Tierpark“: Nach den Freien Wählern äußert nun die an der Koalition beteiligte FDP Kritik an Katrin Eder.



Das einzige in Rheinland-Pfalz sesshafte Wolfsrudel lebt im Westerwald.

FOTO: DPA

VON SEBASTIAN STEIN

MAINZ Nach der Sichtung eines Wolfs im Hunsrück nimmt die Debatte um die Ausbreitung des Raubtiers im Land Fahrt auf. Weidetierhalter und Oppositionspolitiker fordern schon länger einen anderen Umgang mit dem Wolf. Nun gibt es auch Streit innerhalb der Koalition. Der Eifeler FDP-Landtagsabgeordnete Marco Weber fordert von der Grünen-Umweltministerin Katrin Eder ein Umdenken.

FDP: Umweltministerin muss noch viel lernen

„Wir müssen uns Gedanken machen, wie wir Wölfe entnehmen können“, sagte er unserer Zeitung. Die Grünen-Politikerin solle sich den Tierhaltern insbesondere im Norden von Rheinland-Pfalz stellen und sich zu ihrer Wolfspolitik öffentlich erklären. Als Mainzerin müsse sie bei dem Thema noch viel lernen. „Sie sollte sich bewusst sein, dass der Wolf mit zum Abbau der Tierhaltung im Land beiträgt“, sagte Weber.

Der Aufnahme des Wolfs ins Jagdrecht oder einer Vereinfachung von Abschüssen hatte Eder allerdings wiederholt eine Absage erteilt. Die

von der FDP mitgetragene Landesregierung geht seit vielen Jahren einen anderen Weg. Der Wolf soll sich nach seiner Ausrottung wieder im Land ausbreiten. Als Lösung für Weidetierhalter gibt es Fördergelder für Schutzzäune und Kompensationszahlungen bei Rissen. Weber, der selbst in der Landwirtschaft tätig ist, genügt das nun offenbar nicht mehr. „Rheinland-Pfalz ist kein Tierpark“, sagte er dem Trierischen Volksfreund.

Zahl sesshafter Wölfe sinkt, aber mehr Sichtungen

Die Zahl der dauerhaft im Land lebenden Wölfe ist zuletzt gesunken. Einzig das Leuscheider Rudel im Westerwald an der Grenze zu Nordrhein-Westfalen gilt als sesshaft. Immer wieder aber durchstreifen die Tiere auf ihren langen Wanderungen auch andere Regionen im Land. Fünf neue Wölfe sind in diesem Jahr erstmals in Rheinland-Pfalz vorgekommen.

Ein oder zwei neue Wölfe im Hunsrück?

Neu hinzu kommt nun der Fall im Hunsrück, wo im Nationalpark seit 2021 erstmals ein Tier eindeutig identifiziert werden konnte. Seine Herkunft ist noch unklar. Ob es sich um

den selben Wolf handelt, der kurz zuvor im Hunsrück bei Mörtschied etwa 20 Kilometer entfernt gesichtet wurde, steht deshalb nicht fest. In diesem Jahr haben Wölfe in Rheinland-Pfalz in vier Fällen Wildtiere gerissen, dazu gab es mindestens sechs Angriffe auf Schafe. Im Vergleich Niedersachsen oder Brandenburg sind diese Zahlen sehr gering.

Freie Wähler nehmen Bayern als Vorbild

Die Freien Wähler fordern schon länger, sich besser auf die zu erwartende weitere Ausbreitung des Wolfs vorzubereiten und das Abschließen der Tiere zu erleichtern. Einen solchen Weg hatte Bayern kürzlich eingeschlagen und eine Wolfsverordnung erlassen. Wie die rheinland-pfälzische Landesregierung zu dieser Idee stehe, wollten die Freie-Wähler-Abgeordneten Stephan Wefelscheid und Joachim Streit in einer Kleinen Anfrage wissen. Der Wolf sei streng geschützt und gegen die Verordnung des Landes Bayern werde derzeit geklagt, heißt es darauf vom Umweltministerium. Die Strategie des Landes, „durch Präventionsmaßnahmen und Aufklärung den Umgang mit dem Wolf konfliktfrei zu gestalten, hat sich bewährt“.

„Das mag vielleicht auf die Mainzer Innenstadt zutreffen“, sagte Wefelscheid. Die Sorge auf dem Land sei aber groß, dass der Wolf zunehmend die Scheu vor dem Menschen verliere. „Auch wenn die Lage noch nicht so dramatisch ist wie in anderen Ländern, die Entwicklung ist ohne ein konsequentes Bestandsmanagement klar abzusehen“, so der Abgeordnete. Wefelscheid schimpft auch auf die FDP, die als Mitglied der Landesregierung letztlich nicht an der Seite der Tierhalter stehe.

Produktion dieser Seite:
Anna Hartnack



Wichtig für Gerichtsvollzieher: Ein Sicherheitstraining.

FOTO: DPA